

GRÜNE: Für mehr Menschlichkeit in der Flüchtlingspolitik – Grüne kritisieren vorgenommene Abschiebungen

Der Kreisvorstand der GRÜNEN im Landkreis Cuxhaven kritisiert die im Dezember 2015 vorgenommene, unangekündigte Massenabschiebung durch das Land Niedersachsen scharf.

Das kürzlich in Kraft getretene bundesweite Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz hat zwar die Ausführungen im niedersächsischen Rückführungserlass zur Ankündigung von Abschiebungen gegenstandslos gemacht, die übrigen Regelungen bleiben aber sehr wohl in Kraft. Sie können und müssen nach Ansicht der GRÜNEN angewendet werden. Darin heißt es unter anderem: „Vor Beendigung des Aufenthaltes sind alle aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach Abschnitt 5 des Aufenthaltsgesetzes oder einer Duldung, insbesondere die Einschaltung der Härtefallkommission, § 25 Abs. 5 AufenthG und vergleichbaren Bleiberechtsregelungen, auch unter Berücksichtigung der Rechtsprechung und des hohen Stellenwertes von Art. 6 GG und Art. 8 EMRK, zu prüfen.“ So zitiert Eva Viehoff, Kreissprecherin der Grünen, eine weiterhin gültige Passage aus dem Ursprungserlass.

Bei der in der vergangenen Woche durchgeführten Massenabschiebung, von der auch Personen aus dem Landkreis Cuxhaven betroffen waren, wurde diese Passage des niedersächsischen Runderlasses nicht angewendet. Gleiches gilt für den ebenfalls immer noch gültigen Runderlass des Niedersächsischen Innenmi-

nisteriums zum humanitären Aufenthaltsrecht. Denn nur so ist zu erklären, warum gerade langjährig in Niedersachsen lebende MigrantInnen und vor allem auch gut integrierte, in Deutschland geborene Kinder und Jugendliche in der letzten Woche ohne eine Perspektive in den Kosovo abgeschoben wurden. „Jahrelang geduldete und hier aufgewachsene Kinder und Jugendliche kann man nicht einfach so plötzlich abschieben, Wir finden, man kann sie gar nicht abschieben, weil sie ihr eigentliches Heimatland ja gar nicht kennen!“, sind sich die KreissprecherInnen Viehoff und Wolf einig.

Die Grünen im Kreis Cuxhaven fordern daher den Landkreis und die Stadt Cuxhaven auf, von ihrem Recht Gebrauch zu machen, Aufenthaltserlaubnisse aus humanitären Gründen auszusprechen. Vom Land Niedersachsen und von Innenminister Pistorius erwarten die GRÜNEN menschenrechtskonforme Verhaltensweisen und die Abkehr von unangekündigten Massenabschiebungen.



Aktion der Grünen im März 2015 an der Alten Liebe – inzwischen ist Integration zum wichtigsten Thema geworden (Foto: Maike Hempel)

